

Jochen Thies

Die unsichere Supermacht

Welche außen- und sicherheitspolitischen Kurskorrekturen würde ein Wahlsieg der Demokraten bringen? Die Weltlage hat sich deutlich geändert. Neue Chancen für die transatlantischen Beziehungen zeichnen sich ab.

Die Supermacht Amerika stößt an ihre Grenzen und igelt sich gleichzeitig ein. Jeder, der in letzter Zeit in die USA einreiste, kann die Veränderungen bemerken: penible Kontrollen auf den Flughäfen, durchgeführt von mitunter schlecht geschultem, unerfahrenem Personal, umständliche Eingangskontrollen an öffentlichen Gebäuden und viele Fahnen, vor Privathäusern und an Autodächern befestigt. Mithilfe riesiger Überwachungsapparate und technischer Hilfsmittel schicken sich die Vereinigten Staaten an, eine totale Kontrolle über Per-

Republikaner. Aber was wird sich dann an der Außen- und Sicherheitspolitik des Landes ändern? Sicher scheint, dass es zu keinem radikalen Kurswechsel kommen wird, jedenfalls nicht kurzfristig. Die USA werden Zeit benötigen, um den Irak zu verlassen und dabei gleichzeitig im Umfeld jene Sicherheitsmaßnahmen zu treffen, an erster Stelle die militärische Aufrüstung der Anrainer, die aus Sicht Washingtons notwendig sind, auch um die *Containment*-Politik gegenüber dem Iran fortsetzen zu können. Als Europäer kann man nur hoffen, dass die Phase einer unerhört ideologisch geprägten, fundamentalistisch zu nennenden Außenpolitik dann zu Ende sein wird. Aber George Bush jr. bleibt noch ein knappes Jahr im Amt und wird zumindest in der Sicherheitspolitik, die das große Thema seiner acht Jahre im Weißen Haus wurde, bis zur letzten Minute handlungsfähig sein.

Jochen Thies

(* 1944) ist Sonderkorrespondent beim Deutschlandradio Kultur in Berlin.

jochen.thies@dradio.de



sonen und Güter zu erlangen, die in das Land hineingelangen wollen. Anders formuliert: Die USA streben nicht nur relative Sicherheit vor terroristischen Anschlägen an, sondern absolute Kontrolle. Wenn es dabei bleibt, wird es Folgen haben, für die amerikanische Gesellschaft wie für alle die Staaten, die enge Kontakte zu Amerika unterhalten.

Unter solchen Umständen ist es schwer einzuschätzen, was nach acht Jahren George Bush jr. kommen wird: ein Regierungswechsel hin zu den Demokraten, verbunden mit einer Rückkehr der USA zu Formen des Multilateralismus, was immerhin wahrscheinlicher ist als ein Wahlsieg der

Einrichten auf die neue Weltlage

Warnzeichen, dass er nach dem Irak-Krieg und der Intervention in Afghanistan auch noch die große Auseinandersetzung mit dem Iran suchen werde, sind nicht zu übersehen und zu überhören. Am nachdenklichsten stimmen neben den Äußerungen des amtierenden Präsidenten selbst die Stimmen jener Intellektuellen, die als junge Menschen Hitler-Deutschland verließen, in den USA Zuflucht fanden und die heute – wenn auch nur sehr leise – in Artikeln und Interviews tiefe Sorgen über den künftigen Kurs der Supermacht anklängen lassen.

Die USA sind an den Grenzen ihrer militärischen Möglichkeiten angelangt, was

die Personalstärke und die Fähigkeit betrifft, mit zwei großen Krisen gleichzeitig fertig zu werden. Denn die globale Auseinandersetzung mit dem Terrorismus hat die Anzahl der Krisenherde erhöht. Es kann in der heutigen Welt ein halbes Dutzend kritischer Situationen gleichzeitig geben. Aber noch verdrängen die USA diesen Umstand in der verlautbarten Politik. Auf der anderen Seite richten sie sich auf die neue Weltlage ein. Im Vordergrund stehen dabei der Schutz des eigenen Territoriums und das Streben, die Verluste von Soldaten bei militärischen Konflikten so gering wie möglich zu halten. Staaten, die nach Nuklearwaffen streben und die des Staatsterrorismus verdächtigt werden, wollen die USA mit Abwehrraketen begegnen, die weit entfernt von der Heimat in Europa stationiert werden sollen. Konflikte mit Russland werden dabei in Kauf genommen. Die relativ hohen Verluste am Boden, im Irak und in Afghanistan, sollen künftig ausgeschlossen werden, indem Roboter und technische Mittel wie die bereits heute existierenden »Drohnen« zum Einsatz kommen, die das Kampffeld der Zukunft zu einem High-Tech-Schlachtfeld für Industriestaaten machen werden. Schon heute beträgt die Kampf- und Feuerkraft einer kleinen militärischen Einheit, eines Bataillons oder Regiments mit einer Stärke von maximal 1.000 Soldaten dem, was noch vor wenigen Jahren einer Division mit über 10.000 Soldaten entsprach. Die Heere von einst werden also miniaturisiert. Nur auf dem Meer hält der Trend zu von riesigen Flugzeugträgern angeführten Kampfgruppen an, die ein Indiz dafür sind, dass es in Zukunft weltweit mehr denn je um die Sicherung von Wasserwegen gehen wird, auf denen die Güter ungestört transportiert werden können.

Erstaunlicherweise werden diese maritimen Aspekte in Deutschland nicht diskutiert, aber sehr wohl in Großbritannien und in Frankreich.

Die USA bereiten sich hier, wie auf einer Reihe von anderen Gebieten, auf künf-

tige Auseinandersetzungen mit der Volksrepublik China vor, die seit Jahren eine rasante Aufrüstung zu Lande und zu Wasser betreibt. Aber Peking bedroht nicht ernsthaft den Status der Supermacht, jedenfalls nicht in absehbarer Zeit. Angesichts der Entwicklungen in Asien, wo noch in Kategorien großer militärischer Konflikte gedacht wird, liegt es aber nahe, dass Washington die Kandidatur Japans für einen ständigen Sitz im UN-Weltsicherheitsrat anders als die deutsche Bewerbung unterstützt. Tokio spielte in den letzten Jahren eine zunehmend aktivere Rolle als Regionalmacht, was für die amerikanische Asienpolitik entlastend wirkte, z.B. gegenüber Nordkorea, wo sich nun erste Erfolge zeigen. Darüber hinaus engagierte sich Japan als Geldgeber in Afghanistan und als Stabilisierungsmacht im Mittleren Osten.

Zwei weitere große Mächte, deren Gewicht und Bedeutung weiter zunehmen werden, liegen ebenfalls in Asien: Indien und Pakistan, dessen politische Instabilität für die USA und für die in Afghanistan engagierten Europäer allmählich bedrohliche Ausmaße annimmt. Unter solchen Umständen wäre eine enge politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Indien vonnöten, die merkwürdigerweise ausbleibt, von den Amerikanern und ihren Verbündeten trotz beeindruckender wirtschaftlicher Perspektiven nicht betrieben wird.

Die transatlantische Verbindung bleibt fundamental

Fasst man die Entwicklungen in Asien und im Nahen und Mittleren Osten zusammen, wo die USA bestenfalls den Status quo verteidigen können, wird der Zusammenhalt und Zusammenschluss der Europäer auf militärischem Gebiet noch drängender. Denn auch Russland setzt zunehmend auf die militärische Karte, ringt mit den Amerikanern um Einfluss zwischen westlichem

zu unterschätzen sind. Daher sind europäische Verteidigung und militärische Integration nach dem NATO- und EU-Beitritt dieser Staaten wichtige flankierende Mittel, um die nach 1989 eingetretene geopolitische Lage zu beruhigen und zu stabilisieren sowie Warschau, Wilna, Riga und Tallinn davon zu überzeugen, dass die Westeuropäer aus den Erfahrungen der 30er Jahre gelernt haben.

Es steht außer Frage, dass die Fülle dieser Themen genügend Ansatzpunkte zu einer Verständigung zwischen den USA und Europa bietet, auch wenn Fundamentalfragen wie die Zukunft des Irak oder die Fortsetzung des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus ungeklärt bleiben. Denn Europa sollte weiterhin mit einem vitalen Amerika rechnen – jedenfalls ist es gut beraten, es zu tun –, das aus seinen Fehlern lernt und mit der Wahl einer neuen Administration die Korrektur für unterlaufene Fehleinschätzungen, Irrtümer und ideologische Geisterfahrten einleitet. Die transatlantische Verbindung bleibt wichtig, ja fundamental. Denn bislang haben die Europäer den Nachweis nicht erbringen können, dass sie die Probleme, die sie vor der Haustür haben, selbst lösen können. Erst Amerika brachte auf dem Balkan die Wende zum Besseren. Von daher ist es gut zu wissen, eine große Macht hinter sich zu haben, in der mindestens 100 Millionen Menschen ähnlich denken wie die Westeuropäer. Zwar kann diese Minderheit nicht immer Wahlausgänge entscheiden, aber sie bleibt geschichtsmächtig, und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ihr Denken und ihre Opposition gegen den Kurs von George Bush jr. zu neuen Möglichkeiten transatlantischer Kooperation führen.

Ein klares und eindeutiges Gebiet dafür ist die Zusammenarbeit in der Klimapolitik. Beim G 8-Gipfel in Heiligendamm Mitte 2007 haben sich die USA hier erstmal in Richtung auf die Positionen der Westeuropäer zu bewegt. Und dieser Trend hat sich bei Konsultationen und weiteren

Balkan und jenen Staaten am südlichen Rand der alten Sowjetunion, die sich Anfang der 90er Jahre aus der Konkursmasse des Imperiums lösten. Die Wendung der baltischen Staaten und Polens zum Westen, die für die Westeuropäer und speziell für die Deutschen ausgemachte Sache ist, hat Moskau innerlich noch nicht akzeptiert. Es behält sich auch in diesem Teil seines alten Vorfeldes ein *droit de regard* vor, dessen psychologische Begleiterscheinungen nicht

Konferenzen, zuletzt in Bali Ende 2007, verstärkt. Wie mächtig und wie europäisch hinsichtlich ihrer Denke die amerikanische Umweltschutzbewegung ist, zeigt sich in vielen Staaten und einzelnen Städten entlang der Ost- und Westküste der USA, und sicherlich ist es kein Zufall, dass Arnold Schwarzeneggers Kalifornien zu den Vorreitern gehört. Wenn die USA sich hier weiter auf die Europäer zu bewegen – und die Nobelpreisverleihung an den ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore gehört auch in diesen Zusammenhang –, wird zwischen den Amerikanern und den Europäern vieles möglich sein, was bis gestern aufgrund der hartnäckigen Anti-Haltung der Amerikaner in Umweltfragen als unmöglich galt.

Sehr rasch werden im Umkehrschluss dann auch die Defizite der Volksrepublik China bei weltpolitischen Themen von Belang offenkundig werden. Denn Peking profitiert seit den 90er Jahren von den Fehlern der Amerikaner und wird als rücksichtslose Rohstoff-Supermacht, die bedenkenlos mit jedem Diktator kooperiert, um an Engpassprodukte heranzukommen, gar nicht genügend wahrgenommen. Auch auf anderen Gebieten sind die konstruktiven Beiträge der Chinesen zu verantwortungsvoller weltweiter Politik sehr bescheiden. Amerika und Europa verändern sich, müssen sich verändern, und vielleicht bemerken sie bei diesem Prozess, dass sie weiterhin mehr Gemeinsamkeiten haben als mit dem Rest der Welt.

Oliver Thränert

Amerikas Politik gegen die Verbreitung von Atomwaffen

Die Verbreitung von Atomwaffen stellt für Amerika wie auch für Europa gleichermaßen eine große sicherheitspolitische Herausforderung dar. Während sich Präsident Bush unter dem Einfluss der Neo-Konservativen zunächst weit von den europäischen Rüstungskontrollansätzen entfernte, gingen beide Seiten später wieder aufeinander zu. Wird dieser Prozess anhalten, oder wird es wegen des iranischen Atomprogramms wieder zum Streit kommen? Und was wäre vom neuen US-Präsidenten/in zu erwarten?

Ob Bush-Anhänger oder Demokraten, in Amerika werden Atomwaffen in den Händen von immer mehr Staaten oder sogar Terroristen als existenzielle Bedrohung begriffen. Wie sich die USA dieser Herausforderung stellen, wird ein wichtiger Gegenstand transatlantischer Beziehungen der kommenden Jahre bleiben.

Spätestens seit der traumatischen Erfahrung der Terroranschläge des 11. September 2001 treibt Politiker aller Lager die quälende Frage um, ob diese Art des Katastrophen-Terrorismus zum Äußersten getrieben werden könnte, indem sich Al Qaida Atomwaffen verschaffte. Mit höchster

Wahrscheinlichkeit wäre das erste Ziel einer solchen Bombe eine amerikanische Millionenstadt.

Aber auch die Aussicht auf vermehrte staatliche nukleare Weiterverbreitung ge-



Oliver Thränert

(*1959) leitet die Forschungsgruppe Sicherheitspolitik in der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin.

oliver.thraenert@swp-berlin.org